



Volksabstimmung vom 25. September 2016

Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“: Faktenblatt zu den Auswirkungen der Initiative

Datum

05. Juli 2016

Was eine Annahme der Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ bewirken würde

Im Kern teilt der Bundesrat das Anliegen der Volksinitiative, eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft anzustreben. Dennoch lehnt er die Initiative ab, da sie zu viel in zu kurzer Zeit will. Würde sie angenommen, müsste die Schweiz den heutigen Ressourcenverbrauch bis 2050 um rund 65 Prozent reduzieren.

Um die Vorgabe der Initiative zu erfüllen, bis 2050 den Fussabdruck auf eine Erde zu reduzieren, müssten Bund, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft grosse Anstrengungen unternehmen. Konkret könnte dies bedeuten:

- Der Ausstieg aus fossilen Treibstoffen und Heizöl wäre zu beschleunigen.
- Die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft müssten noch ökologischer ausgerichtet werden, z.B. durch eine nachhaltigere Sortimentsgestaltung.
- Die Industrie müsste die Entwicklung, Produktion und Entsorgung von Produkten umfassend ökologischer gestalten. Nötig wären dafür ein effizienterer Einsatz der Materialien, sowie Fortschritte beim Recycling von Abfällen bzw. bei der Rückgewinnung von wertvollen Rohstoffen (bspw. seltene technische Metalle).
- Der Handel von Produkten mit besonders schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt (z.B. Torf, Soja und Palmöl aus nicht-nachhaltiger Produktion) wäre zu reduzieren oder müsste gänzlich verboten werden.
- Die Menge an Abfällen aus Produktion und Konsum müsste deutlich zurückgehen.
- In der Bauwirtschaft wären eine forcierte energetische Sanierung und eine ressourcenschonende Bauweise notwendig.
- Die Schweiz müsste den Export von ressourcenschonenden Produkten und Cleantech verstärken und den Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer intensivieren.
- Die Hebelwirkung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (Beschaffungsvolumen 6% des BIP) müsste stärker genutzt werden.

- Steuern und Abgaben müssten konsequent so ausgestaltet werden, dass externe Kosten internalisiert und damit Anreize für ressourcenschonendes Verhalten von Unternehmen und Privatpersonen geschaffen werden.
- Freiwillige Verhaltensänderungen der Bevölkerung wären notwendig, ökologische Konsumgewohnheiten müssten der Normalfall werden.

Der Bundesrat anerkennt, dass mit dem Übergang hin zu einer ressourcenschonenderen Wirtschaft grundsätzlich Chancen verbunden sind. Die Material- und Energiekosten für Unternehmen können sinken. Innovationen in Zukunftsmärkte würden vermutlich zunehmen. Gefragt sind aber langfristige Zeiträume und Freiwilligkeit. Bei einem Ja zur Volksinitiative würden hingegen Auflagen nötig, welche die Wirtschaft je nach Ausgestaltung durch das Parlament belasten würden. In der kurzen Frist entstünden für viele Unternehmen Kosten durch neue Regelungen zur Herstellung ihrer Produkte. Die Preise für Güter und Dienstleistungen, welche die Umwelt belasten, würden steigen.

<http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/34113.pdf>